©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987 Heft 1

JOHN GILLINGHAM

DIE FRANZÖSISCHE RUHRPOLITIK UND DIE URSPRÜNGE DES SCHUMAN-PLANS

Eine Neubewertung

Die politische Ordnung des heutigen Europas beruht auf einem ungeschriebenen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Er resultierte aus einem Prozeß der Anpassung und Versöhnung, den der Vorschlag des Schuman-Plans in Gang setzte und der in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl institutionelle Gestalt gewann. Der wahre Charakter dieser Regelung ist bislang nicht befriedigend erklärt worden und daher noch immer ein Geheimnis; vor allem ist die simple Frage unbeantwortet, warum sie so gut funktioniert hat. Selbst in den Ursprüngen steckt ein Paradox: Wie kam es eigentlich, daß ausgerechnet Frankreich, dem Anschein nach die deutschfeindlichste der drei westlichen Besatzungsmächte, den Prozeß der europäischen Integration initiierte, dem wir – im Grunde – den Frieden und die Prosperität der letzten Jahrzehnte verdanken?

Jean Monnets Memoiren bieten die Standard-Erklärung: In der Erkenntnis, daß die französische Ruhrpolitik, also der Versuch Frankreichs, die deutsche Erholung zu hindern, fehlgeschlagen war, habe Monnet Anfang 1950 eine ausgewählte Gruppe brillanter Technokraten gesammelt, die, unter seiner Leitung, jenen Vorschlag konzipiert hätten, den die Öffentlichkeit am 9. Mai 1950 als Schuman-Plan kennenlernte. Indem er eine gemeinsame Verwaltung von Kohle und Stahl in Westeuropa vorsah, habe der Plan den Deutschen eine Partnerschaft auf der Basis deutsch-französischer Gleichberechtigung offeriert. Der Vorschlag sei praktisch unmodifiziert zum Pariser Vertrag über die Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausgeweitet worden, was einen neuen „europäischen" Geist geschaffen habe, der die für zwei Weltkriege verantwortlichen Nationalismen überwinden sollte[1].

Inzwischen haben aber etliche Historiker damit begonnen, den „Monnet-Mythos" mit kritischen Augen zu betrachten und die Ursprünge des Schuman-Plans schärfer unter die Lupe zu nehmen. So sind Alan Milward und Raymond Poidevin in ihren jüngsten Arbeiten zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Wendung der französischen Politik schon geraume Zeit vor 1950, d.h. vor der dramatischen Intervention Monnets, ereignet und Robert Schuman mit dem französischen Außenministerium

[1] J. Monnet, Mémoires, Paris 1976, S. 341 f.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erheblichen Anteil an ihr gehabt habe[2]. Frances Lynch hat erstmals die These aufgestellt, daß es die behauptete Wende überhaupt nicht gegeben habe. Nach ihrer Ansicht hatte Frankreich von Anfang bis Ende nur ein Ziel, nämlich die Erlangung der wirtschaftlichen Hegemonie in Westeuropa[3]. Im folgenden soll – als Beitrag zur Diskussion, nicht etwa als letztes Wort – versucht werden, die Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik zu überprüfen, ihre Entfaltung durch die entscheidenden diplomatischen Stationen der Nachkriegsjahre zu verfolgen und die Verhandlungen um den Schuman-Plan vor dem Hintergrund der alliierten Besatzungspolitik erneut zu analysieren. Eine solche Annäherung an das Thema wird zwar keineswegs eine vollständige Erklärung liefern, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die epochale Kohle- und Stahl-Regelung zustande kam oder warum sie so erfolgreich war, doch sollte deutlicher werden, in welcher Weise die französische Ruhrpolitik daran beteiligt gewesen ist.

Eine Prüfung der französischen Ruhrpolitik wird einige ihrer Züge schärfer hervortreten lassen und bislang nicht gesehene oder nicht vermutete Charakteristika sichtbar machen. Der erste charakteristische Zug, der so erscheint, ist Kontinuität. Ruhrpolitik und Schuman-Plan dienten der gleichen allgemeinen Absicht, nämlich Deutschland zu französischen Bedingungen wieder in Europa zu integrieren, und hatte das gleiche primäre Ziel, nämlich das Ruhrgebiet einer „organischen Kontrolle" zu unterwerfen, und zwar durch eine französisch geleitete internationale Institution, die stark genug sein sollte, eine zuverlässige Versorgung mit Kohle zu garantieren. Zweitens zeigt sich, daß zwischen den französischen Politikern und Diplomaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Deutschlandpolitik Frankreichs verantwortlich zeichneten, eine bemerkenswerte Übereinstimmung herrschte. Ob es sich um die Politiker der ersten Garnitur handelte, um Bidault, Schuman und Monnet, oder um ihre Mitarbeiter in der zweiten Reihe, um Chauvel, Alphand und Couve de Murville, sie alle waren von den Ereignissen der Jahre 1914 bis 1918 und 1940 bis 1945 geprägt, die als Schmelztiegel gleichartiger Auffassungen wirkten. Bis zu einer Zeit, die erst lange nach der Proponierung des Schuman-Plans und der Schaffung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl kam, ist keiner, so unterschiedlich ihre Beiträge zur französischen Ruhrpolitik nach Wesen und Gewicht auch sein mochten, aus dem gemeinsamen Erfahrungs- und Vorstellungshorizont ausgebrochen. Als dritter Zug ist eine Überzeugungskraft zu konstatieren, die namentlich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren übersehen wurde, aber auch heute noch oft übersehen wird. Jedoch waren es vor allem französische – nicht amerikanische, russische oder britische – Vorschläge, die auf den endlosen inter-alliierten Konferenzen, wann immer das Problem auftauchte, als Basis der Diskussionen über die Ruhr dienten, die dann das organisa-

[2] A. S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–1951, London 1984, S. 126–167; R. Poidevin, Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33 (1985), S. 406–419.

[3] F. M. B. Lynch, Resolving the Paradox of the Monnet Plan. National and International Planning in French Reconstruction, in: The Economic History Review, Zweite Serie XXXVII, Mai 1984, S. 229–243.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

torische Schema für eine Internationale Ruhrbehörde anboten und die schließlich die Substanz für die Verhandlungen über den Schuman-Plan lieferten.

Ein viertes Merkmal ist Beherztheit. Gewiß ist von niemand je behauptet worden, daß es der Initiative für den Schuman-Plan an „Kühnheit" gefehlt habe, aber die französische Außenpolitik, die in den ersten vier Nachkriegsjahren unter Bidault verfolgt wurde, gilt doch im allgemeinen als ein Gemisch aus Kleinmut, Feigheit und Konfusion; Bidaults Kehrreim – „Ich kann es mir nicht leisten, in der deutschen Frage der französischen öffentlichen Meinung zu weit voraus zu sein!" – wird fast stets als Ausrede für Untätigkeit oder als milde Form diplomatischer Erpressung interpretiert. Jedoch ist das nicht richtig. Bidault und Schuman machten vielmehr energische und anhaltende Anstrengungen, die französische öffentliche Meinung von ihrem „anti-Boche-Standpunkt", der an 1919 erinnerte, abzubringen und zu einer Haltung zu bekehren, die, ohne gerade pro-deutsch zu sein, wenigstens die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem starken östlichen Nachbarn akzeptierte. Zweifel hinsichtlich der Bedeutung des von Bidault geleisteten Beitrags können durch einen Vergleich mit einem Land ausgeräumt werden, wo es an Bemühungen, wie er sie unternahm, mangelte und wo infolgedessen die Außenpolitik nach 1945 nicht umorientiert und nicht neu definiert wurde, d. h. durch einen Vergleich mit Großbritannien. Ohne den Wandel in der öffentlichen Meinung, zu dem es in jenen Jahren kam, wäre Frankreich zur konstruktiven Mitarbeit am Aufbau eines neuen Europas nicht fähig gewesen.

Alles in allem weisen diese überraschenden neuen Züge auf eine andere Tendenz in der französischen Ruhrpolitik hin, als ihr gewöhnlich zugeschrieben wird. Wir haben es nicht mit der Preisgabe einer diskreditierten negativen zugunsten einer erfolgreichen positiven Politik zu tun; es gab nur eine Politik, die lediglich in verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Gestalt annahm. Auch ist es nicht zutreffend, diese Politik, obwohl sie absichtsvoll war, einfach als aggressiv zu charakterisieren. Ferner handelt es sich bei ihr nicht, wie es manchmal den Anschein hat, um eine kopflose Flucht, die paradoxerweise im Sieg endete. Die Tendenz ging vielmehr stets zu soliden Gewinnen, die wohlüberlegt Schritt für Schritt realisiert wurden, gegen höchst ungünstige Verhältnisse und mit Folgen, die für das westliche Europa ebenso wohltätig waren wie für Frankreich selbst. Die französische Ruhrpolitik war weder die erste noch die wichtigste Stufe bei der Integration des Kontinents, aber ohne sie hätte der Weg schon früh sein Ende gefunden.

Frankreichs Ruhrpolitik und als ihr Höhepunkt der Schuman-Plan erwuchsen aus einer tief dringenden Untersuchung des deutschen Problems, die im Sommer 1943 unter den Auspizien der Provisorischen Regierung in Algier begann und während der Monate zwischen der Befreiung und der deutschen Kapitulation ihre Fortsetzung im Pariser Außenministerium fand. Als ständiger Antrieb wirkte die von allen geteilte Überzeugung, daß ohne die Entdeckung einer Lösung das Überleben der Nation auf dem Spiel stehe. So beginnt die Denkschrift vom 21. August 1944, in der das französische Außenministerium seine grundsätzliche Auffassung zum deutschen Problem darlegte, mit dem ebenso lakonischen wie ominösen Satz: „Wenn Frankreich während der nächsten Generationen einem dritten Ansturm ausgesetzt sein sollte, steht zu

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

befürchten, daß ... es für immer untergehen wird."[4] Diese Besessenheit mit der deutschen Gefahr resultierte jedoch nicht in einer Rückkehr zu dem „harten Kurs", der nach dem Ersten Weltkrieg verfolgt worden war, sondern in einer fundamental anderen Einstellung, und der Samen, dessen Frucht am Ende die Gemeinschaft für Kohle und Stahl sein sollte, ist schon sehr früh gesät worden[5].

Bereits eine Denkschrift, die Monnet und einige seiner Vertrauten Anfang August 1943 in Algier verfaßten, kündigte die neue Einstellung an. Sie forderte einen Bruch mit der Vergangenheit und meldete das Recht Frankreichs an, bei der Gestaltung der Zukunft eine führende Rolle zu spielen. Die Aufzeichnung beginnt mit der Warnung, daß eine erneute Anwendung der Methoden von 1919 nur den Nationalismus stärken und das wirtschaftliche Wachstum ersticken, am Ende abermals zum Krieg führen werde; statt dessen müsse ein neues „europäisches Gebilde" geschaffen werden, um große Märkte zu öffnen und die Gefahr eines Wettrüstens zu verringern. Frankreich, so schließt das Dokument, sei unter den Alliierten der einzige Staat, der eine solche Anstrengung leiten könne, der dafür sogar ein historisches Mandat in Händen halte. Und der französische Versuch, eine „neue europäische Ordnung" zu errichten, hat die Entwicklung der französischen Ruhrpolitik von Anfang an beeinflußt[6].

Die Ruhr besaß für Franzosen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganz besondere Bedeutung. Sie war weit mehr als einfach ein riesiges Industriegebiet, nämlich das Symbol deutscher Macht und die Quelle der französischen Demütigung. Im Rückblick scheint deutlich zu sein, daß damals die Wichtigkeit der Ruhr überschätzt wurde: Das Atomzeitalter brach an, und Kohle und Stahl waren nicht mehr die entscheidenden Indices nationaler Kraft. Andererseits muß berücksichtigt werden, daß die vom Krieg verursachte wirtschaftliche Zerrüttung Frankreichs traditionelle Abhängigkeit von der Ruhr zunächst noch verstärkte und ständig an die wirtschaftliche Verwundbarkeit des Landes gemahnte. Der Satz, den Raymond Poidevin 1979 schrieb, ist unwiderleglich: „Die Ruhrfrage war bei allen französischen Bemühungen, das deutsche Problem nach 1945 zu lösen, die Hauptsache."[7] Und dieser Bemerkung kann die Beobachtung hinzugefügt werden, daß alle anderen französischen Sorgen und Interessen, die mit dem früheren Deutschen Reich zu tun hatten, der Ruhrfrage im allgemeinen und dem Bedarf an Kohle im besonderen nachgeordnet waren.

Das Dilemma, dem sich die französische Politik gegenübersah, bestand darin, daß einerseits die politische Macht Deutschlands gebrochen werden sollte, andererseits die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebiets für Europa erhalten und sogar gesteigert werden mußte. Zwei Möglichkeiten – dies gilt es sogleich festzuhalten – sind während der Kriegsjahre in den Diskussionen über die künftige französische Deutschlandpolitik stets kategorisch abgelehnt worden. Die Reagrarisierung Deutschlands, wie sie der

[4] Archives Nationales de France (AN), Papiers Bidault, Allemagne. 457 AP 60, „Le problème allemand", 21. 8. 1944.

[5] W. A. McDougall, Political Economy versus National Sovereignty. French Structures for German Economic Integration after Versailles, in: Journal of Modern History 51 (1977), S. 4–23.

[6] Archives Jean Monnet pour l'Europe (JM), Aufzeichnung vom 5. August 1943 ohne Titel.

[7] R. Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage, in: HZ 228/1979, S. 317 f.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Morgenthau-Plan vorsah, fand keine Zustimmung, weil sie „andere Nationen einer beträchtlichen Quelle des Wohlstands berauben, die deutsche Bevölkerung in wirtschaftliches Chaos stürzen und in der Mitte des Kontinents einen Herd der Unruhe schaffen würde"[8]. Sollte den Deutschen, wie 1923 im Ruhrgebiet, eine Militärherrschaft aufgezwungen werden, schien das Scheitern noch sicherer zu sein, und zwar nicht zum wenigsten deshalb, weil ein solcher Versuch mit der Anwendung inhumaner Methoden verbunden sein mußte. Nach einer Studie erforderte eine wirksame Okkupation eine Besatzungsarmee von 165000 Mann und die permanente Dienstpflicht von jeweils zweieinhalb Jahrgängen, obwohl sich Frankreich einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert sah, den der führende Statistiker, Sauvy, auf 5 Millionen schätzte. Um diese Lücken zu füllen, hätten in Deutschland Heere von Zwangsarbeitern ausgehoben werden müssen, und als die Deutschen nach 1942 ein solches Rekrutierungssystem Frankreich aufgezwungen hatten, war dies als moralisch verwerflich angeprangert worden[9].

Tatsächlich ist nur eine Option ernsthaft ins Auge gefaßt worden, eben die Einrichtung einer „organischen Kontrolle" (contrôle organique), die bestehen bleiben sollte, bis ein genügend erstarktes Frankreich oder ein genügend gezähmtes Deutschland sie überflüssig machen würde. Zu diesem Schluß kam eine detaillierte Analyse des Außenministeriums vom 30. März 1945. Die Studie – das muß im Hinblick auf die spätere offizielle französische Politik festgehalten werden – sah keine Reduzierung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Ruhrgebiet vor, außer der, die sich aus der Eliminierung der Rüstungsproduktion und aus der „Entschädigung" für die während des Krieges von den Deutschen verursachten Verluste ergeben werde. Ferner wurde eine Politik der Enteignung verworfen, weil sie zu „radikal" sei und nur zu staatlicher Kontrolle (étatisation) führe; die Verlagerung der Industrie an die Peripherie (wo sie leicht zu beaufsichtigen gewesen wäre) verfiel ebenfalls der Ablehnung, weil sie unüberwindliche technische Probleme aufwerfe, und ein Verbot der Herstellung bestimmter Güter wurde nicht ernst genommen, weil es nach dem Ende der Besetzung mühelos zu beseitigen sei. Was die „organische Kontrolle" betraf, so sollte sie anfänglich sowohl das „Management" auf Betriebsebene wie inter-alliierte Anstrengungen – offenbar unter französischer Führung – zur Auflösung „exzessiver" Konzentration wirtschaftlicher Macht an der Ruhr einschließen. Falls erforderlich, sollte zu letzterem, das ist klar, auch eine längerfristige Ausübung der Besatzungsherrschaft gehören. So hieß es: „Wie berechtigt das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen deutschen und auswärtigen Industriellen auch sein mag, die europäischen und außereuropäischen Staaten müssen die ausschlaggebende Autorität bei der Reorganisation und Überwachung der deutschen Wirtschaft behalten, um sicherzustellen, daß die üblichen Methoden der Tarnung nicht ... zur Wiedererrichtung bestimmter ... Großkonzerne führen."[10]

[8] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Disarmament économique de l'Allemagne", 19.11. 1944.

[9] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Le problème rhénan-westphalien et la situation française", 22.1.1945.

[10] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Direction Générale des Affaires politiques, ‚Contrôle de l'industrie allemande'", 30.3.1945.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zugleich sollte die „organische Kontrolle" präzise Formen erhalten, „während sie so eng wie möglich der Reorganisation der deutschen und der europäischen Nachkriegswirtschaften angepaßt wird"[11]. „Das letzte Ziel", so sagte eine Instruktion des Direktors der Politischen Abteilung im Außenministerium, „besteht darin, die Produktivkräfte Deutschlands in eine neue internationale Ordnung zu integrieren."[12]

Nun gab es bei der französischen Ruhrpolitik allerdings ein krasses Mißverhältnis zwischen Zielen und Mitteln. Frankreich war keine Großmacht mehr, sondern ein vor kurzem vollständig besiegter Staat mittlerer Größe, der, ob das offen eingestanden wurde oder nicht, auf seinen Knien zur politischen Respektabilität zurückfinden mußte[13]. Das Land sah sich einem Stau ungelöster sozialer und wirtschaftlicher Probleme konfrontiert, die von der aus der Vichy-Zeit stammenden politischen Zerstrittenheit noch verschärft wurden, und es litt unter einem materiellen Mangel, den die heroischen Modernisierungsanstrengungen zu seiner Überwindung zunächst noch verschlimmerten. Frankreich allein war gänzlich unfähig, Deutschland irgendeine politische Regelung aufzuzwingen; das war, nach Rückgewinnung der eigenen Kraft und vor der Erholung Deutschlands, nur mit amerikanischer Erlaubnis möglich. Diesen Bedingungen, die nie erfüllt wurden, kam Frankreich 1950 am nächsten, als es den Schuman-Plan vorschlug. Gerade während der Verhandlungen über den Kohle-Stahl-Pool rückte die „organische Kontrolle", die Frankreich seit dem Krieg angestrebt hatte, in die Nähe der Realisierung.

Angesichts der Situation Frankreichs im Jahr 1945 konnten die französischen Diplomaten nur Nahziele anvisieren. Das erste derartige Ziel bestand ganz banal darin, einen Sitz am Konferenztisch der Alliierten zu bekommen. Leicht war das nicht. In Jalta nicht vertreten und in Potsdam noch ausgeschlossen, hatten es die Franzosen vornehmlich dem britischen Außenminister zu verdanken, daß sie einen Platz im Alliierten Kontrollrat erhielten, und namentlich der im amerikanischen State Department vorherrschenden Frankophilie war es zuzuschreiben, daß Frankreich eine Besatzungszone in Deutschland eingeräumt wurde[14]. Auf der ersten Konferenz des Rats der Außenminister, die vom 11. September bis zum 2. Oktober 1945 in London stattfand, hatte Frankreich aber kaum mehr Einfluß als die Republik China, die andere der beiden weniger gewichtigen „Großen Fünf". Die USA und Großbritannien mußten die sowjetische Opposition gegen die französische Teilnahme an der zweiten Außenministerkonferenz, die dann im April 1946 begann, noch mit dem Argument überwinden, daß es, da die Konferenz in Paris stattfinde, eine diplomatische Unmöglichkeit sei, Frankreich nicht einzuladen.

Das zweite Ziel der französischen Politik ist hinter fast jedem Pariser Zug auf dem Schachbrett der Diplomatie zu erkennen: die Verlängerung der Besatzungsherrschaft

---

[11] Ebenda.

[12] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Direction des Affaires politiques, ‚Le problème rhéno-westphalien'", 12. 2. 1945.

[13] C. de Cuttoli-Uhel, La politique allemande de France 1945–1948. Symbole de son impuissance?, unveröffentlichtes Manuskript 1984, S. 1–33.

[14] A. Bullock, Ernest Bevin. Foreign Secretary 1945–1951, London 1983, S. 144.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Deutschland. „Keine denkbare Lösung", so erklärte das Verteidigungsministerium am 8. April 1946, „kann Frankreich bessere Garantien für seine Sicherheit bieten als diejenigen, die es als Teilnehmer an der derzeitigen totalen Besetzung Deutschlands in der Hand hält. Diese Besetzung erlaubt es Frankreich, eine schwierige Periode zu passieren und unter dem Schutz der anderen alliierten Armeen seine Kräfte, namentlich seine Armee, fortschreitend zu regenerieren."[15] Mit einigem Optimismus sahen die Franzosen dabei eine Verständigung der vier Mächte auf eine gemeinsame Politik gegenüber dem früheren Deutschen Reich als unwahrscheinlich an. General Koenig, Militärgouverneur in der Französischen Besatzungszone, schrieb Bidault im Dezember 1945: „Sobald die ernsthafte Diskussion beginnt, ... hört jede Übereinstimmung auf. Anzeichen für das Gegenteil sind lediglich Trugbilder."[16]

Das dritte Ziel war die Gewinnung alliierter Unterstützung für die französischen Ruhr-Pläne. Im November 1945 kam Couve de Murville mit einer Verhandlungsdelegation nach Washington und hoffte, die französischen Vorschläge mit Experten des State Department ernsthaft erörtern zu können. Der Versuch war ein niederschmetternder Fehlschlag, da sich sofort herausstellte, daß die Amerikaner nicht bereit waren, eine administrative Trennung der Ruhr vom Reichsgebiet auch nur in Erwägung zu ziehen. Nach dem Ende der Schlußsitzung hielt einer der Teilnehmer, Walt W. Rostow, den Franzosen vor, sie jagten nur Illusionen nach, wenn sie glaubten, im Zeitalter atomarer Kriegführung könne die Kontrolle über die Ruhr noch irgendeinen Sicherheitswert haben[17]. So zutreffend die Bemerkung auch war, sie fügte doch zum Schaden auch noch den Spott. Die Briten, denen die Franzosen ihre Vorstellungen im Jahr 1946 präsentierten, zeigten sich höflicher, aber nicht empfänglicher: sie zogen für die Schwerindustrie des Ruhrgebiets eine Form der Sozialisierung vor, die ihre französischen Gesprächspartner an die im Ersten Weltkrieg von Rathenau geschaffenen „Kriegsgesellschaften" erinnerte[18]. Wenn aber logische Argumentation kein Gehör fand, so dachte man in Paris, sollten dann nicht Obstruktionismus, Maklerdienste und Extremismus ins Spiel gebracht werden? Noch 1945 begannen die Franzosen mit obstruktionistischer Politik im Alliierten Kontrollrat, bei den Konferenzen der Außenminister versuchten sie es, freilich nur halben Herzens, mit der Rolle des „ehrlichen Maklers", und schließlich flüchteten sie mit den Vorschlägen für „Ruhr-Rhénanie" in den Extremismus.

Die unangenehme Seite der französischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und ihre Bedeutung können leicht übertrieben werden. Betrachten wir

---

[15] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, Etat Major de la Défense nationale, 1ère Section, n° 384 DN/IP/TS, 8. 4. 1946.

[16] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Le Général Koenig. Note personelle rédigée à la suite de la réunion du 6 novembre 1945. Secret absolu."

[17] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 61, „Conversations Franco-américaines au sujet de la Ruhr et de la Rhénanie", 15. 11. 1945.

[18] Ministère des Affaires Exterieures (MAE), Série Y, 1944–1949. 398, „Conversation Franco-britannique sur les problèmes économiques allemands", 4. 9. 1946; Série Y, 1944–1949. 397, „Note", 8. 5. 1946.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zunächst den Obstruktionismus im Alliierten Kontrollrat, den John Gimbel in seinem bahnbrechenden Werk „The Origins of the Marshall Plan" zum guten Teil für die Unfähigkeit des Kontrollrats verantwortlich macht, Deutschland, wie es im Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz vereinbart worden war, als Einheit zu verwalten[19]. Die Teilung Deutschlands wird oft auf diese Unfähigkeit zurückgeführt. Nun ist nicht zu bestreiten, daß die französischen Vertreter beharrlich alle Versuche des amerikanischen Repräsentanten, des Generals Clay, blockierten, der deutschen Wirtschaft zentrale Lenkungsorgane zu geben. Dies geschah, um die Besatzungsherrschaft zu verlängern und um jede Einmischung in die wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern, die Frankreich in seiner Besatzungszone betrieb. Jedoch hat Alan Bullock vor kurzem darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Teilung Deutschlands bereits auf der Potsdamer Konferenz selbst besiegelt worden war, als die USA, Großbritannien und die UdSSR übereinkamen, praktische Probleme wie die Reparationen in jeder Zone mit unterschiedlichen Methoden zu lösen[20]. Wenn Ost und West weiterhin dem Potsdamer Grundsatz von der deutschen Wirtschaftseinheit Lippendienste zollten, so deshalb, weil keine Seite gewillt war, die Schuld für die einzige Alternative auf sich zu nehmen, die Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke. Was schließlich die französische Besatzungspolitik angeht, so hat sie, obwohl keineswegs rühmlich, jedenfalls zur Teilung Deutschlands keinen nennenswerten Beitrag geleistet.

Das Maklergeschäft war von noch geringerer Bedeutung, obschon es auch Positives bewirkt haben mag. Sogar sein hauptsächlicher Betreiber, Außenminister Bidault, der Kommunisten verabscheute und Rußland mißtraute, hat solche Versuche später als wahlloses Hin und Her zwischen Ost und West verdammt, das am Ende zu nichts geführt habe[21]. Doch geht Bidault mit sich zu hart ins Gericht. Bis zum 5. Mai 1947 gehörten dem französischen Kabinett Kommunisten an, die stets in der Furcht lebten, Frankreich könne in zu große Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten; sollte überhaupt etwas getan werden, mußte auf sie Rücksicht genommen werden. Auch brauchte Frankreich die Unterstützung der UdSSR, um die französischen Auffassungen auf den inter-alliierten Konferenzen zur Geltung zu bringen. Auf der Londoner Außenministerkonferenz vom Herbst 1945 noch ständig von der sowjetischen Ausschlußforderung bedroht, gelang es Frankreich immerhin, eine Besserung der Situation und auf der Pariser Konferenz von 1946, die an sich nur den Friedensverträgen mit den Satellitenstaaten Deutschlands gewidmet sein sollte, auch eine Diskussion der französischen Ruhr-Pläne zu erreichen. Später, im März und April 1947, war die französische Ruhrpolitik auf der Moskauer Außenministerkonferenz bereits ein Hauptpunkt der Tagesordnung.

Die französischen Vorschläge für „Ruhr-Rhénanie" waren allerdings in der Tat extrem und schwer verdaulich. In politischer Hinsicht gehörte zu ihnen eine lähmende

[19] J. Gimbel, Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.

[20] Bullock, S. 147.

[21] G. Bidault, Resistance. The Political Autobiography of Georges Bidault, London 1965, S. 127 f., 147 f.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

radikale Dezentralisierung, auf wirtschaftlichem Felde verlangten sie Maßnahmen, die den Wiederaufbau Deutschlands aufs schwerste behindert hätten: so die Einsetzung internationaler Leitungsstäbe für Gruben und Stahlwerke, den Oktroi eines ausgeklügelten Systems der Wirtschaftskontrolle und die Parzellierung Deutschlands in winzige, zellenartige Zollgebiete. Aber wenn solche Ideen auch zur Befriedigung eines etwas obszönen Rachedurstes konzipiert worden sein mögen, so hatte Frankreich doch nicht die Absicht, Deutschland eine Neue Ordnung im nationalsozialistischen Stile aufzuzwingen; erst recht fehlte dazu die Fähigkeit[22]. In Wahrheit dienten die Vorschläge für „Ruhr-Rhénanie" jedoch lediglich als Futter für die diversen Konferenzen der Außenminister und andere inter-alliierte Treffen auf hoher Ebene, als Spielmaterial für die Anfangsstadien von Verhandlungen. Wann immer ernsthafte Diskussionen begannen, waren die Franzosen sofort bereit, ihre extremeren Forderungen zu vergessen. Im August 1946 ließ Außenminister Bidault die Amerikaner „inoffiziell" wissen, daß „die französische Politik gegenüber Deutschland, insbesondere das Bestehen auf der Abtrennung der Ruhr, ein Fehler gewesen" sei, und er fügte hinzu, allein politische Rücksichten hätten ihn daran gehindert, diese Forderung fallen zu lassen[23]. Im Juli 1946 sprach sich der nach außen unnachgiebig auftretende Alphand in einem internen Memorandum, das er für eines jener vielen ergebnislosen Treffen schrieb, auf denen eine gemeinsame Politik mit den Briten vereinbart werden sollte, unzweideutig dafür aus, daß Frankreich für die Ruhr eine Formel finden solle, die inter-allierte Kontrolle mit deutscher Souveränität verbinde[24]. Diese Elemente sind in der amtlichen Politik erst ein Jahr später miteinander verknüpft worden. In der Praxis haben aber die materiellen Bedürfnisse Frankreichs – vor allem der Bedarf an Kohle – die verrückteren französischen Ruhr-Pläne stets in den Hintergrund des politischen Handelns gedrängt.

So auch auf der Moskauer Konferenz. Sie fiel noch in den härtesten Winter seit Menschengedenken, der, zumal nach der vom Krieg verursachten materiellen Erschöpfung, die Transportsysteme im nördlichen Europa schwer getroffen und die Industrieproduktion immer wieder für Wochen zum Stillstand gebracht hatte. Frankreich verfolgte auf der Konferenz drei Ziele: mehr Kohle zu bekommen, die deutsche Stahlerzeugung zu limitieren und die internationale Kontrolle der Ruhr durchzusetzen. Aber von diesen drei Punkten hatte, obwohl alle drei in den Moskauer Diskussionen auftauchten, nur der erste wirkliche Bedeutung. Noch im Vorfeld der Konferenz machte Staatspräsident Vincent Auriol dem amerikanischen Außenminister Marshall bei einer Unterredung klar, daß die Kohle für Frankreich in den bevorstehenden Besprechungen oberste Priorität haben werde. Im Jahr 1938, so sagte Auriol, habe Frankreich über 73 Millionen Tonnen verfügen können, von denen rund 25 Mil-

---

[22] MAE, Série Y, 1944–1949. 396, „Mémorandum de la Délégation française au sujet de l'Allemagne (CMAE 46 1)", 1.1.1946; AN, Papiers Bidault, 457 AP 60, „Note au sujet de la politique française en Allemagne", April 1946.

[23] Foreign Relations of the United States (FRUS), 1946/V, 740.00119, Caffery to SecState, 30.8.1946.

[24] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, „Note (Alphand). Problèmes allemands", 18.7.1946.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lionen importiert worden seien; 1947 hingegen stünden, trotz einer bereits wieder erreichten Steigerung der einheimischen Förderung auf über 50 Millionen Tonnen, insgesamt nur 61 Millionen Tonnen zur Verfügung. Nachdem er noch erwähnt hatte, daß von der Importkohle, auf bloß 12 Millionen Tonnen reduziert, mehr als die Hälfte zu eigentlich prohibitiven Preisen aus den Vereinigten Staaten bezogen werden müsse, erklärte er, daß Frankreich auf der Moskauer Konferenz eine Erhöhung der Importe aus Deutschland verlangen werde, und zwar zunächst auf 500 000 Tonnen pro Monat, binnen eines Jahres aber auf 1 Million Tonnen pro Monat[25]. Werde das nicht erreicht, so schloß er, müsse die Erholung Frankreichs, durch den Mangel an Kohle gebremst, hinter der Erholung Deutschlands zurückbleiben. Um sich mittelfristig eine ausreichende Belieferung mit Kohle zu sichern, präsentierten die Franzosen in Moskau auch den sogenannten „Alphand-Plan", der die Verlagerung von Stahlkapazität in Höhe von 5 Millionen Tonnen aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen empfahl, was in Deutschland eine Welle der Angst und der Empörung verursachte[26]. Bidault brachte außerdem die üblichen Vorschläge für die Internationalisierung der Ruhr aufs Tapet, offenbar in der Absicht, britische Pläne zur Sozialisierung der Schwerindustrie im Revier zu vereiteln[27]. All das hatte jedoch wenig zu bedeuten. Nach einem Monat bitterer Auseinandersetzungen herrschte in Moskau Übereinstimmung darüber, daß die Konferenz erfolglos bleiben werde und abgebrochen werden solle. Die Franzosen verließen indes Moskau nicht mit ganz leeren Händen; indem sie stillschweigend darauf verzichteten, den Alphand-Plan weiter zu verfolgen, handelten sie sich die amerikanische und britische Zustimmung zu einer Vereinbarung ein, die, außerhalb der Sitzungen des Rats der Außenminister getroffen, eine gleitende, d.h. eine an der Steigerung der deutschen Produktion orientierte Erhöhung sowohl des deutschen Exports nach Frankreich wie des deutschen Eigenverbrauchs vorsah. Da freilich die deutsche Erzeugung in den nächsten Monaten nicht nennenswert stieg, litten die Erholung Frankreichs und die französischen Modernisierungspläne auch weiterhin unter Energiemangel[28].

Im Juni 1947 hat dann aber die Verkündung des Marshall-Plans den Kontext, in dem die französische Ruhrpolitik konzipiert wurde, dramatisch verändert. An die Stelle von Obstruktionismus, Maklerdienst und Extremismus traten Versuche, in ein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu treten, das von einem gewissen Maß an Intimität charakterisiert sein sollte. Niemand in Paris zweifelte daran, daß das neue Programm auch amerikanische Hilfe für Deutschland bedeutete, und niemand gab sich der Illusion hin, daß Frankreich versuchen könne oder solle, dies abzublocken. Die französische Regierung schien im Gegenteil bereit zu sein, die Ruhrfrage mit einem

[25] FRUS, 1947/II. 740 00119 Council 3-647, Minutes of conversation between SecState and the President of France, 6.3.1947.

[26] Office of Military Government, US (OMGUS), „Lorraine Steel instead of Ruhr Coal? A study of the French proposal for the transfer of Pig Iron and Steel Production from Rheinland-Westfalen to France. Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, August 1947".

[27] FRUS, 1947/II. 740.00119 Council/3-2047, SecState to President and Acting SecState, 20.3.1947.

[28] Bidault, S. 147.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drei-Mächte-Abkommen zu regeln. Am 7. August 1948 sagte Bidault beim Lunch mit Will Clayton, dem Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im State Department, daß es „hinsichtlich der Höhe der Industrieproduktion in Deutschland keine größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA gebe und daß sie, die Franzosen, gegen kein zwischen Amerikanern und Briten vereinbartes Industrieniveau Einwände erheben würden, vorausgesetzt, das französische Volk bekomme die Sicherheit, daß die Ressourcen der Ruhr nicht wieder zu einem Krieg gegen Frankreich genützt würden. Er glaubte, eine solche Sicherheit sei mit der Einrichtung eines internationalen Gremiums gegeben, das die Produktion der Ruhr, Kohle, Eisen, Stahl und vielleicht Chemikalien, zwischen Deutschland und anderen Ländern zu verteilen haben würde. Nach Unterzeichnung eines Friedensvertrags sollten diesem Gremium Vertreter der USA, Großbritanniens, der Benelux-Länder und Deutschlands angehören. Vorher sollte es aus den genannten Ländern minus Deutschland zusammengesetzt sein." Bidault fügte hinzu, daß „Frankreich die früheren Vorschläge zur Abtrennung der Ruhr von Deutschland, zur Internationalisierung etc. aufgegeben habe ... und durchaus bereit sei, Eigentum und Verwaltung den Deutschen zu belassen, aber ... darauf bestehen werde, daß der Zugang zur Produktion der Ruhr nicht allein vom Willen der Deutschen abhängen dürfe"[29].

Indes zogen sich die Franzosen von dieser Position wieder zurück, da ihre Hoffnung auf eine engere Zusammenarbeit mit den „Angelsachsen" bald einen Dämpfer erhielt. Seit 1946 hatte sich Frankreich beharrlich geweigert, die französische Besatzungszone mit der amerikanischen und der britischen Zone zu vereinigen. Motiv war die Furcht, mit der Vereinigung werde ein Schritt zur deutschen Einheit und zur Wiederherstellung deutscher Kontrolle getan, die Ausbeutung der eigenen Zone gestoppt und der französischen Diplomatie auch noch das letzte Druckmittel auf den internationalen Konferenzen genommen. Später hatte Frankreich den Preis für die Verweigerung der Kooperation zu zahlen, als die Bizonen-Partner, unfähig zur Einigung in der Frage, ob die Gruben und Stahlwerke der Ruhr sozialisiert oder in Privateigentum überführt werden sollten, ihren Streit durch den Beschluß beilegten, die Entscheidung den Deutschen zu überlassen. Die Franzosen erfuhren von diesem Beschluß aus der Zeitung. Die Drohung einer bevorstehenden Restauration schien den Hoffnungen auf „contrôle organique" einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Nachdem die Weichen durch das vorhersehbare Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz, am 15. Dezember 1947, endgültig gestellt waren, d. h. der Versuch zur Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland sein definitives Ende gefunden hatte und für die westlichen Alliierten der Weg zur Schaffung eines westdeutschen Staates offen lag, taten die Franzosen das Unvermeidliche: sie machten sich daran, die Verständigung mit dem „Erbfeind" zu suchen.

---

[29] FRUS, 1947/II. 862.60/8-747, UndersecState for Economic Affairs (Clayton) to SecState, 7.8. 1947; 862.60/8-647, Memo Director of Office of European Affairs (Hickerson) to UndersecState (Lovett), 23.8.1947; AN, Papiers Bidault, 457 AP 622, „Mémorandum pour M. Georges Bidault", 24.6.1947.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht der prophetische Monnet und nicht der fromme Schuman, sondern der tumbe und historisch diskreditierte Bidault hat als erster den neuen Ton in der französischen Deutschlandpolitik angeschlagen. Am 4. Januar 1948 unterrichtete er General Koenig, daß die „deutsche Erholung im Rahmen Europas so schnell wie nur möglich vonstatten gehen sollte", und er setzte hinzu: „Die erste Phase der Okkupation ist nun vorüber (und) unsere Hauptsorge gilt nicht mehr der Wiedergutmachung vergangenen Unrechts, sondern der Vorbereitung auf die Zukunft." Das schließe, so präzisierte er, sowohl „die direkte Verwaltung der Besatzungszone ... wie ihre Ausbeutung für unseren eigenen Profit" aus[30]. Bidault wies General Koenig an, mit Beschlagnahmen und Zwangsverkäufen ebenso Schluß zu machen wie mit der Zurschaustellung eines aufwendigen Lebensstils durch Besatzungsorgane. Ferner verfügte er, daß „alles geschehen muß, um nützliche Beziehungen zu Deutschen zu entwickeln", wobei er hervorhob, Franzosen müßten jede Gelegenheit wahrnehmen, ihren deutschen Gesprächspartnern höflich auseinanderzusetzen, daß „wir nicht nach Herrschaft streben, sondern lediglich nach einer ehrenvollen Rolle in einem geeinten und kooperativen Europa"[31].

Viele weniger bedeutende Figuren erlebten die gleiche Konversion wie Bidault. Der offensichtlich ansteckend wirkende Wunsch, eine Basis für eine Verständigung mit Deutschland zu finden, infizierte bald zahlreiche Beamte im französischen Außenministerium und einflußreiche Privatleute. In den folgenden Monaten entwarf Roger Fabre von der Mitteleuropäischen Abteilung des Außenministeriums Denkschrift um Denkschrift, um darzutun, daß Frankreich den Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung mit einer dramatischen Geste anerkennen müsse; damit, so glaubte er, könne ein neues Klima für „konservative europäische Zusammenarbeit" erzeugt werden[32]. Der frühere „Erbfeind" wurde auch zum Thema von Diskussionen in kleinem Kreise, so am 20. Juli 1948, als während eines Dinners der Wirtschaftsexperte Henry Laufenberger seine „persönliche Meinung" zum Ausdruck brachte, Deutschland, das traktabler sei als Großbritannien, Italien oder die Benelux-Länder, könne Frankreichs bester Handelspartner werden. Ein anderer Gast, der MRP-Abgeordnete Pierre Pflimlin, empfahl daraufhin, einen „Energie-Komplex" zu schaffen, der sowohl Frankreich und die Benelux-Länder wie Deutschland einschließen und von einer europäischen Behörde geleitet werden müsse. Jean Monnet unterbrach diese Unterhaltung mit dem Vorschlag, die Angelegenheit seinem Freund John Foster Dulles zu unterbreiten, und der vierte Gast, ein Mann namens Abelin, gab durch gewichtiges Nicken seine Zustimmung zu erkennen[33].

---

[30] AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 15, „Le Ministère des affaires étrangères à M. le Général d'Armée Koenig", 4. 1. 1948.

[31] Ebenda; AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 15, „Instructions adressées à M. Schneiter", 7. 1. 1948.

[32] MAE, Y, 1944–1949, „Note (Fabre). Direction d'Europe. Sous Direction d'Europe Centrale", 12. 6. 1948; Y, 1944–1949, Roger Fabre, „Note sur les aspects économiques du problème allemand", 1. 4. 1948.

[33] AN, 80 AJ (unnumeriert), „Allemagne", 20. 7. 1948.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Suche nach einem Rezept, das einerseits der französisch-deutschen Verständigung diente und andererseits das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigte, dauerte noch so manches Jahr, bis schließlich nach allerlei Umwegen eine Lösung gefunden wurde. Sie begann im Oktober 1947 mit folgenlosen Vorschlägen für eine internationale Ruhrbehörde, nahm dann, in den ersten Monaten nach der Übernahme des Außenministeriums durch Robert Schuman, die Form des Experimentierens mit mehreren Möglichkeiten an, stieß danach mit der dramatischen Erklärung vom 9. Mai 1950 endlich auf Neuland vor und quälte sich schließlich durch monatelange Verhandlungen, die Frankreich nicht mehr zu kontrollieren vermochte, zum Ziel der französischen Ruhrpolitik.

Das französische Außenministerium, erst unter Bidault und dann unter Schuman, verwandte den größeren Teil des Jahres 1948 auf vergebliche Versuche, die „Angelsachsen" auf der Londoner Drei-Mächte-Konferenz zur Einrichtung einer Ruhr-Organisation zu überreden, die vorerst von den Alliierten geleitet, aber später, nach der Durchführung notwendiger Reformen in der Schwerindustrie, dem Beitritt der Deutschen offen stehen sollte. Aus der vorgeschlagenen neuen Organisation, über die es in Westdeutschland zu heftigen öffentlichen Diskussionen kam, konnte nichts werden. Vor allem bestanden die Briten und Amerikaner darauf, ihre Zuständigkeit auf die Verteilung der exportierten Ruhrkohle zu beschränken und sie in dieser Hinsicht sogar an Direktiven der OEEC zu binden. Die in Genf beheimatete Europäische Kohlenexportagentur, die sich dabei an die auf der Moskauer Außenministerkonferenz vereinbarten flexiblen Quoten hielt, fuhr daher fort, vierteljährliche Zuteilungspläne auszuarbeiten, denen die „International Ruhr Authority" nur noch ihren Stempel aufdrückte. Selbst die Franzosen verloren bald ihr Interesse an der IRA. Noch ehe diese ihre Tätigkeit aufnahm, erließen die Bizonen-Partner das Gesetz Nr. 75, das für die Reorganisation der Schwerindustrie deutsche Treuhänderschaften vorsah, wodurch der IRA wiederum eine wichtige Kompetenz entging. Jedoch blieb die IRA am Leben, als organisatorische Hülse und für die Deutschen als unangenehme Erinnerung an die Fortdauer der Besatzungsherrschaft[34].

Der Schock durch das Gesetz Nr. 75 ließ die Franzosen nicht jählings in die Arme der Deutschen taumeln. Vielmehr suchte Außenminister Schuman, als Vorspiel zu einem späteren Arrangement mit Deutschland, die Position Frankreichs durch bilaterale Abmachungen mit anderen europäischen Staaten zu konsolidieren. 1949 war das Jahr, in dem die Verhandlungen über eine französisch-italienische Zollunion zum Abschluß kamen und die Gespräche über ein Abkommen mit der lächerlichen Bezeichnung FRITALUX, das den Anschluß der Benelux-Staaten bringen sollte, begannen, ferner Jean Monnet ergebnislose Besprechungen mit Sir Edwin Plowden führte, um einmal mehr die Schaffung einer französisch-britischen Wirtschaftsunion in Angriff zu nehmen. Keine dieser Initiativen hat viel bewirkt[35]. Ob sie mehr Erfolg gehabt hät-

[34] Milward, S. 145 f.

[35] R. T. Griffiths/F. M. B. Lynch, The Fritalux-Finebel Negotiations 1949–1950, European University Institute Working Paper no. 84/117, November 1984; JM, AMF 22/3/3, „Notes sur les entretiens

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, wenn sie mit größerer Dringlichkeit verfolgt worden wären, werden künftige Forschungen zeigen müssen.

Im Jahr 1949 nahm aber der Druck auf Paris zu, auch in der Ruhrfrage initiativ zu werden. Die junge Bundesrepublik Deutschland steuerte nach der Währungsreform von 1948 in einen Boom erstaunlichen Ausmaßes und ließ mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 erstmals auch ihre diplomatischen Muskeln spielen. Im Zuge der Rückkehr von „Normalität" wurden die wirtschaftlichen und kommerziellen Verbindungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, die 1945 abgerissen waren, rasch restauriert. Private Arrangements, so die Pläne der Vereinigten Stahlwerke für massive französische Kapitalinvestitionen in der deutschen Stahlindustrie, waren unterwegs und drohten die Ruhrfrage dem Einfluß der französischen Regierung zu entziehen. Schließlich mußte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß die deutsche Wiedergeburt überschüssige Stahlkapazitäten schuf, was die in Frankreich angelaufene Modernisierungskampagne gefährden konnte. Gleichwohl blieb die französische Politik noch richtungslos. Zwar herrschte 1949 kein Mangel an Plänen und Vorschlägen für eine auf Kohle und Stahl gestützte europäische Regelung, aber nahezu alle der offiziellen oder halboffiziellen Anregungen waren nicht französischen Ursprungs. Auf deutscher Seite predigten K. W. Mommsen, Karl Arnold und viele weniger prominente Personen die Weisheit eines westeuropäischen Kohle- und Stahl-Pools. Am 8. März 1950 schloß sich ihnen auch Bundeskanzler Adenauer an. Die Westminster-Konferenz europäischer Föderalisten konzipierte detaillierte Pläne für ein künftiges Produzenten-Parlament der führenden Industrienationen. Und im Europarat schlug Paul Reynaud ein neues Abkommen über Kohle und Stahl zur Überbrückung der historischen Kluft zwischen Frankreich und Deutschland vor[36]. Indes schickten sich die Franzosen erst dann zum Handeln an, als Anfang 1950 bekannt wurde, daß die Vereinigten Staaten, die Frankreich seit Monaten drängten, die Führung bei der europäischen Integration zu übernehmen, daran dachten, auf der bevorstehenden Londoner Drei-Mächte-Konferenz die Aufhebung der letzten Beschränkungen für die deutsche Stahlproduktion vorzuschlagen. Das Resultat, der Welt am 9. Mai 1950 vorgestellt, einen Tag vor der festgesetzten Eröffnung der Londoner Konferenz, war der Schuman-Plan.

Dieser Plan, der unter etwas anderen Umständen vielleicht als Bidault-Plan in die

---

Monnet – Plowden", 23.5. 1949; AMF 22/3/5, „Interview with Plowden", o.D.; AMF 22/3/6; Hirsch, „L'Angleterre fera-t-il antichambre?", in: Les Cahiers de la République, 51, Januar 1963, S. 9–16; Monnet, S. 332.

[36] Bundesarchiv (BA), B 146/266, „Besprechung mit Herrn Außenminister Schuman und Hochkommissar François-Poncet", 29.8. 1949; OMGUS, RG 260/7/23-1/21, „The European Ruhr Industry", o.D.; AN, 307 AP 212, „Mouvement européen, Préparation de la Conférence Economique de Westminster. L'avenir de la sidérurgie européenne", 1949; BA, B 109/111, „Besprechung mit Miss Outhwaite aus London von ‚The Economist' am 22.9. 1949; G. Kiersch, Die früheren internationalen Stahlkartelle und der Schumanplan, Sonderveröffentlichung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Heft 2, September 1951; W. Bührer, Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geschichte eingegangen wäre, ist tatsächlich das Werk Jean Monnets und daher von seiner komplexen politischen Persönlichkeit geprägt gewesen[37]. Monnet wird nicht selten als karger und farbloser Technokrat gezeichnet. In Wahrheit war er ein visionärer Promoter, der in aller Welt einen reichen Schatz von Erfahrungen gesammelt und sowohl eine ungewöhnliche Weite des Horizonts erworben wie ein dichtes Netz wichtiger persönlicher Kontakte geknüpft hatte. Dies alles suchte er jetzt in den Dienst Frankreichs zu stellen. Monnet war in der ersten Dekade des Jahrhunderts Verkäufer von Cognac bei den Eskimos gewesen, im Ersten Weltkrieg Zuteiler alliierten Schiffsraums, in den zwanziger Jahren hoher Beamter beim Völkerbund, Anfang der dreißiger Jahre internationaler Bankier und dann Leiter eines vom Unglück verfolgten industriellen Entwicklungsprojekts in Tschiang Kai-scheks China. Als wichtigster Einfluß auf Monnets Aktivitäten nach 1945 muß jedoch seine amerikanische Erfahrung im Management des „Arsenals der Demokratie" gelten. Er kehrte nach der deutschen Kapitulation in sein Heimatland mit der Überzeugung zurück, daß die französische Industrie „amerikanisiert" werden müsse, wenn Frankreich als moderne Nation überleben wolle: größere und rationeller arbeitende Produktionseinheiten, größere Märkte und eine aufgeklärtere Arbeiterpolitik. Ebenso sicher war er, daß all dies mit Methoden zu erreichen sei, die er angewandt hatte, als er an der Mobilisierung der amerikanischen Kriegswirtschaft mitwirkte. Die erste Methode – das Direktoratsprinzip – bestand darin, einem dynamischen Individuum die Macht zu geben, die gebraucht wurde, um eingewurzelte Interessen, Bürokratien und erforderlichenfalls auch das Gesetz zu überwinden. Bei der zweiten Methode – Öffentlichkeitsarbeit als Politik – ging es darum, alle offiziellen Entscheidungen so zu verpacken, daß sie allgemeine Attraktivität gewannen. Die Vereinigung von Zweck und Mittel in diesem Sinne ist unschwer zu entdecken, wenn man sich mit dem „Plan de Modernisation et d'Equippement" beschäftigt, Monnet-Plan genannt, den er und seine kleine Gruppe fähiger und ergebener Gefolgsleute konzipierten, organisierten und anwandten, mit der Hilfe semi-offizieller Gremien, die aus allen Lagern zusammengesetzt waren, um den Anschein öffentlicher Repräsentanz zu erwecken, und gegen den wachsenden Widerstand wirtschaftlicher und bürokratischer Interessen.

Es ist nicht einfach, Monnets Rolle in der Außenpolitik präzise zu definieren. Obwohl er als Kommissar seines Plans gar kein offizielles Mandat dafür hatte, wurde er doch immer wieder zu diplomatischen Missionen verwandt und in Fragen der Außenpolitik konsultiert. Auch intervenierte er oft hinter den Kulissen, namentlich in Fragen, die mit den beiden „Säulen" zu tun hatten, von denen er den Erfolg seines Plans abhängen glaubte, mit dem amerikanischen Dollar und der Ruhrkohle. Monnets Einfluß auf die französische Politik gegenüber den Vereinigten Staaten steht außer Zweifel. Als er im Mai 1946 die Blum-Anleihe aushandelte, legte er Frankreich unwiderruflich darauf fest, der amerikanischen Politik der Handelsliberalisierung zu folgen –

[37] Monnet, S. 355.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die übliche Bedingung für amerikanische Freigebigkeit[38]. Dazu war allein Monnet in der Lage. Die Forderung nach Öffnung der Märkte stieß in Frankreich auf ebenso harten Widerstand wie in anderen Ländern. Da aber kein anderer Franzose fähig war, aus Washington im gleichen Stile Geld herauszuschlagen, und da er sich die ausschlaggebende Stimme bei der Verwendung der Gelder zu sichern verstand, brachte es Monnet fertig, die Opposition auszumanövrieren. Als Leiter des Plans konnte er außerdem den Amerikanern versprechen, daß Frankreichs Verpflichtung nicht nur nominell sei, das Land erst modernisieren und dann den Handel tatsächlich liberalisieren werde. Wenn ihn sein Geschick bei der Geldbeschaffung für Frankreich unentbehrlich machte, so machte ihn andererseits die Fähigkeit, die amerikanischen Erwartungen im Hinblick auf die Liberalisierung des Handels zu erfüllen, gleichermaßen für Washington unentbehrlich. Monnet befand sich in einer fast unangreifbaren Position.

Auf die französische Ruhrpolitik übte Monnet jedoch keinen vergleichbaren Einfluß aus. Seine Vorstellungen in dieser Frage sind von denen des Außenministeriums ohnehin nur dadurch zu unterscheiden, daß er ein größeres Interesse an der Produktion als an politischen Problemen verriet. Nur einmal hat er selbst die Initiative ergriffen, nämlich im September und Oktober 1945, als es ihn erbitterte, daß die Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet nicht über ein Viertel der von Präsident Truman zugesagten Menge steigen wollten, und er seinen amerikanischen Freunden vom Kriegsministerium und vom State Department, John J. McCloy und Will Clayton, die Einsetzung eines „Kohlezars" für das besetzte Deutschland vorschlug. Dafür erhielt er – oder eigentlich ein Ersatzopfer namens Kaplan – einen scharfen Verweis von einem Außenministerium, das nicht gewillt war, Einmischungen in seine Kompetenzen hinzunehmen, zu denen auch alle Angelegenheiten zu zählen seien, „die mit der administrativen Zentralisierung Deutschlands zu tun haben"[39]. Auf amerikanischer Seite war General Eisenhower von Monnets Vorschlag wenig begeistert. Er glaubte, ein „Kohlezar" werde die Autorität der Militärgouverneure aushöhlen, und so regte er, in der Hoffnung, die Idee damit zu begraben, die Bildung eines inter-alliierten Konsultativkomitees an[40].

Nach diesem mißglückten Vorstoß handelte Monnet nur noch in Übereinstimmung mit dem Kabinett. Zwar scheint er die Vorschläge des Außenministeriums für „Ruhr-Rhénanie" zu keiner Zeit ausdrücklich gebilligt zu haben, doch dirigierte er im Jahr 1946 die mit großer Beharrlichkeit geführte Kampagne, mit der die USA dazu gebracht werden sollten, den Ernst des Kohlemangels in Frankreich richtig zu würdigen, und daher war er nicht gewillt, etwas zu tun – z. B. die Vorschläge des Quai d'Orsay zu kritisieren –, das von seinen Zwecken ablenken mochte. Monnets Organisation hatte auch mit dem „Alphand-Plan" für den Transfer von Stahlkapazi-

[38] M. Margairaz, Autour des accords Blum – Byrnes. Jean Monnet entre le consensus national et le consensus atlantique, in: Histoire, économie, société, 1° 2 1982, S. 439–470.

[39] JM, AMF 4/3/47, Kaplan an Monnet, 2. 12. 1945.

[40] JM, 2. 11. 1945; AMF 4/3/17, „Production du charbon de la Sarre et de la Ruhr, 11. 10. 1945.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

täten aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen nichts zu tun, der im Frühjahr 1947 auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgelegt wurde, jedoch machte er auch keine Vorbehalte geltend. Seine eigene Position, die er am Vorabend der Konferenz in einem Memorandum skizzierte, entsprach durchaus der Grundrichtung der damaligen französischen Politik. Monnet verlangte eine internationale Kontrolle der Gruben und Stahlwerke, um die Stahlproduktion zu limitieren, die Kohleförderung zu maximieren und die Verteilung von Energie nach europäischen Erfordernissen zu sichern. Ferner betonte er die Notwendigkeit eines juristischen Arrangements, das, vielleicht in Form der Requirierung, die Verantwortung für das Management der deutschen Betriebe einem internationalen Gremium übertragen müsse, ohne die Heiligkeit des Privateigentums zu verletzen[41]. Monnets Reaktionen auf den Marshall-Plan befanden sich ebenfalls im Einklang mit der amtlichen Politik. Am 28. Juli 1947 schrieb er Bidault, Frankreich solle nicht übermäßig besorgt sein, weil das neue Hilfsprogramm den Wiederaufbau Deutschlands stimulieren werde. Monnet sah etliche positive Trends am Werke: So sei die Teilung Deutschlands eine Tatsache, die Besetzung könne für mehr oder weniger unbefristete Zeit aufrechterhalten werden, und die USA würden Frankreich wahrscheinlich eine militärische Sicherheitsgarantie geben. In den Augen Monnets bestand die eigentliche Gefahr, der sich Frankreich gegenübersah, darin, daß die Wachstumsrate der französischen Wirtschaft hinter der deutschen Wachstumsrate zurückblieb. Er schloß sein Schreiben mit dem Vorschlag, Frankreich solle, wenn erst die Sowjets die für Dezember 1947 angesetzte Londoner Außenministerkonferenz verlassen hätten, die USA und Großbritannien anstoßen, eine internationale Ruhrbehörde einzusetzen[42]. Was dann die Institution selbst anging, so war Monnet, obwohl er im Sommer 1948 glaubte, zur Regulierung des deutschen Wirtschaftswachstums könnten über die IRA Drei-Mächte-Pläne oktroyiert werden, vom Ergebnis der Londoner Verhandlungen enttäuscht; er hatte keine Hoffnung mehr, daß die IRA als wirksames Instrument französischer Politik zu gebrauchen sei[43].

Der am 9. Mai 1950 präsentierte Plan unterschied sich von allen Vorläufern in dreierlei Hinsicht. Zunächst war er ein Reklame-Coup von historischem Ausmaß: Hier ging es, nach dem von Monnet präparierten und vom Außenminister im Rundfunk verlesenen Text, nicht bloß um Kohle und Stahl, sondern um die Verhinderung künftiger Kriege durch den Aufbau Europas. Die Kraft der Botschaft hat damals auch Skeptiker beeindruckt und es seither schwierig gemacht, den Schuman-Plan von dem Mythos zu trennen, der ihn umgibt. Zweitens konnte Monnet auf mächtige amerikanische Unterstützung zählen. Sie hatte schon sein „terrain de manoeuvre" in Frankreich abgeschirmt, gab ihm jetzt eine zusätzliche Waffe gegen Deutschland und befähigte ihn, auf französischer Seite die Verhandlungen praktisch ohne Einmischung zu führen. Drittens sah der Schuman-Plan weder eine ständige Konferenz noch ein in-

[41] JM, AMG 20/1/5 d, „Mémorandum sur le futur régime économique de la Ruhr", 1. 2. 1947.
[42] JM, AMG 20/1/7, Monnet an Bidault, 28. 7. 1947.
[43] Monnet, S. 335 f.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ternationales Parlament oder einen Lenkungsausschuß vor, sondern ein Direktorat, das Monnet zu leiten beabsichtigte. Hier steckte der vielkritisierte Dirigismus. Die Stärke des Vorschlags ergab sich aber auch aus der Tatsache, daß bis zum 9. Mai 1950 ein beträchtlicher Teil seines Inhalts Gemeingut geworden war.

Im französischen Außenministerium wurden schon seit längerem Pläne für eine weiterreichende Verständigung geschmiedet, als sie Monnet ins Auge faßte. Eine Studie, die der Leiter der Europa-Abteilung kurz nach dem Abschluß der Londoner Vereinbarungen über Deutschland niederschrieb, bietet einen Einblick in einen alternativen Kurs, der, wäre er verfolgt worden, womöglich einen rascheren und tiefer greifenden Integrationsprozeß eingeleitet hätte. Die Studie beginnt mit einer bemerkenswerten Kritik an der früheren französischen Politik, die ihre Forderung nach der Internationalisierung der Ruhr aufgegeben habe, ohne den Versuch zu machen, diese Internationalisierung in einen wirklichen Schritt zur Schaffung einer Westeuropäischen Union zu verwandeln; daran schließt sich das Bedauern, daß auch versäumt worden sei, die in London von den Vereinigten Staaten gegebene Anregung aufzugreifen, die Funktionen der vorgesehenen internationalen Behörde für die Ruhr auf die schwerindustriellen Zentren Frankreichs und der Niederlande auszudehnen. Frankreich, so warnt der Autor, dürfe sich nicht täuschen: Eine europäische Integration ohne Deutschland sei ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mit Deutschland, fügt er beruhigend hinzu, seien ihre Aussichten schier unbegrenzt. Er empfiehlt die Förderung privater Handelsarrangements zwischen den Industrieregionen als Schritt in Richtung einer formelleren Integration auf höherer Ebene, die über die Organisation des Marshall-Plans auf den Weg gebracht werden solle. Ferner müßten sich die deutschen und die französischen politischen Parteien zusammentun, um eine „direkte Assoziierung" der Industrien der beiden Länder herbeizuführen, d.h. die Bildung gemischter französisch-deutscher Gesellschaften zur Nutzung des vergrößerten Marktes. Er betont, daß allein in diesem Sinne der deutschen Industrie eine „Beschränkung" auferlegt werden dürfe, und er bemerkt ferner, daß solche gemeinsamen Unternehmen auch als Vorbereitung einer Zollunion und der aus ihr resultierenden wirtschaftlichen Spezialisierung unverzichtbar seien. Schließlich sagt der Autor noch mit Nachdruck, daß jetzt die Zeit zum Handeln sei: Es sei absurd, wenn französische Sozialisten und christliche Demokraten so täten, als hätten sie keine Partner auf der anderen Seite des Rheins – und die europäische Integration erfordere enge Zusammenarbeit mit diesen Partnern. Es liege auf der Hand, welche Formen der Kooperation anzuvisieren seien: Die Parteien müßten gemeinsame Programme ausarbeiten, Pläne für konkrete politische, wirtschaftliche und kulturelle Vorhaben konzipieren, Koordinierungsinstrumente schaffen und den kulturellen Austausch organisieren[44].

Was aber bot Monnet den Deutschen an? Weder die Aussicht auf Wiederherstellung der traditionellen Geschäftsbeziehungen noch eine freundschaftliche Verbindung im Zeichen gemeinsamer politischer Ideen – tatsächlich überhaupt keine Be-

[44] MAE, Série Z, Allemagne. 83, „Direction d'Europe. Perspectives d'une politique française à l'égard de l'alliance", 30.11.1949.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlung auf der Basis von Gleichberechtigung, sondern nur die Verheißung einer solchen Behandlung für irgendeinen Zeitpunkt in der Zukunft und nach der Erfüllung bestimmter französischer Bedingungen. Vorerst sollte das Besatzungsregime im Ruhrgebiet andauern. Am 20. Mai 1950 wurde eine neue Dekartellisierungsdirektive, Gesetz Nr. 27, erlassen, die das Gesetz Nr. 75 ablöste, ohne daß es zwischen den beiden wichtigere Unterschiede gegeben hätte. Jedoch kam es unter dem neuen Gesetz zum bislang energischsten Versuch, jene Konzentration wirtschaftlicher Macht zu zerschlagen, die von den Amerikanern einfach „The Ruhr" genannt wurde. Auslösendes Element war ein völlig unerwartetes Ereignis in einer, von Paris und Bonn aus gesehen, entlegenen Ecke der Welt. Das Überschreiten des 38. Breitengrades durch Truppen der Volksrepublik Korea verwandelte die diplomatische Szene in Europa fast über Nacht. Die deutsche Wiederbewaffnung war plötzlich nicht mehr eine Möglichkeit in einer noch weit entfernten Zukunft, sondern eine nahe bevorstehende Gewißheit. Als am 15. September 1950 die westlichen Außenminister in New York zusammentraten, unterrichtete Dean Acheson seinen französischen Kollegen über die amerikanische Absicht, jene Nation wiederzubewaffnen, die nur wenige Jahre zuvor Hitler gefolgt war; nebenbei wurde mitgeteilt, daß die noch verbliebene Limitierung der deutschen Stahlproduktion natürlich aufgehoben werde. Danach blieb Monnet nichts anderes übrig, als einen überaus harten Standpunkt einzunehmen: Er verlangte, daß die Dekartellisierung die Eintrittskarte für die Zulassung der Deutschen zur europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu sein habe.

Die Verhandlungen über den Schuman-Plan liefen allerdings nicht so, wie Monnet sich vorgestellt hatte. Seinen Memoiren zufolge sollten sie unter einem neuen Prinzip stehen. Um das Durcheinander zu vermeiden, das zu erwarten war, wenn Kompromisse zwischen mehreren nationalen Standpunkten und Interessen gesucht werden mußten – eine bittere Erfahrung aus den Zeiten des Völkerbundes –, wollte Monnet die Diskussion „im Rahmen der Idee des Schuman-Plans" halten, d. h. die anderen Delegationen hätten ihre Einsätze vom Dirigenten Monnet bekommen sollen[45]. Nach ihrem Beginn am 20. Juni, auf einem Gipfeltreffen der diplomatischen Talente Westeuropas, folgten aber die Verhandlungen einem langen und gewundenen Pfad bergab in die Niederungen bürokratischer Manöver zur Verteidigung egoistischer nationaler Interessen. Indem sie, als conditio sine qua non für die Beteiligung an den Pariser Gesprächen, der Opferung gewisser Souveränitätsrechte grundsätzlich zustimmten, hatten Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg gewiß einen Schritt getan, der öffentlich nicht mehr zurückzunehmen war, auch wenn es in der Praxis Fehlschläge und Blockaden der Verhandlungen gab. Aber die Zahl solcher Fehlschläge mußte hoch sein. Zwar erhob niemand in Paris Einwände gegen die Schaffung der Hohen Behörde, die der französische Plan vorsah. Als es jedoch im Sommer zur technischen Erörterung der Preis- und Kartellpolitik kam, der Macht und der Organisation regionaler Gruppen, der Interessenvertretung innerhalb der Hohen Behörde, des Verhältnisses der Behörde zu anderen Organen der Gemein-

[45] Monnet, S. 379 f.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft und zu den Regierungen, der finanziellen Beiträge, der Subventionen und der Anpassungsregelungen – als es über all dies zu unendlichen Wortwechseln kam, stellte sich rasch heraus, daß die vom Team Monnets formulierten Arbeitspapiere sowohl unklar wie unrealistisch und als Diskussionsgrundlage unbrauchbar waren. Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der deutschen Delegation berichtete am 8. August 1950 nach Bonn, daß das französische „document de travail" in jedem einzelnen Punkt überholt sei und nur noch historischen Wert habe[46]. Die Ursache lag nicht zuletzt darin, daß die Franzosen, besessen von der Ruhrpolitik, die speziellen Interessen der Italiener, Holländer, Belgier und Luxemburger nicht ausreichend berücksichtigt hatten. Von ihnen war niemand mit einem Aktionsplan erschienen, der mit dem französischen „document de travail" vergleichbar gewesen wäre, doch am Ende verbanden sie sich mit den Deutschen gegen Monnet, um den Kohle-Stahl-Pool funktionsfähig zu machen.

Für Frankreich spielten die Verhandlungen über den Schuman-Plan freilich bald eine sekundäre Rolle. Am 12. September 1950, auf einem Treffen der Außenminister in New York, sagte Dean Acheson beiläufig zu Schuman, die Vereinigten Staaten hätten die Absicht, zehn westdeutsche Divisionen aufzustellen und auszurüsten. Das war ohne Frage der bislang übelste transatlantische Schock, ein potentiell gewaltiger Schnitzer. Dazu führte also eine europäische Initiative, die den Namen des französischen Außenministers trug? Zu einer neuen „Wehrmacht" an Frankreichs Ostgrenze? Um den Schuman-Plan vor dem sonst sicheren Ruin zu bewahren, trieb Monnet die Entflechtungsmaschinerie sofort auf hohe Touren. Von nun an hing das Schicksal der Pariser Verhandlungen davon ab, ob es Frankreich gelang, das Gesetz Nr. 27 durchzusetzen[47].

Monnet brauchte länger als sechs Monate, um Bundeskanzler Adenauer die Entflechtung aufzuzwingen. In dieser Zeit degenerierten die Verhandlungen über den Schuman-Plan zu einer unfruchtbaren scholastischen Debatte zwischen der französischen Delegation und den anderen Vertretungen über die Anti-Kartell-Bestimmungen des anstehenden Vertrags, während die eigentliche Schlacht in Bonn geschlagen wurde, und zwar zwischen der Bundesregierung und dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy. McCloy tat dabei mehr, als die französische Position hundertprozentig zu unterstützen; praktisch führte er die Verhandlungen über das Gesetz Nr. 27 als Stellvertreter Monnets. Die Beweise dafür sind unwiderleglich: Monnet hat den Vertretern McCloys, Bowie und Willner, die Anweisungen für ihr Verhalten buchstäblich übers Telefon diktiert[48]. Das ist erstaunlich. Bis zum Sommer 1950 waren die Repräsentanten der Vereinigten Staaten die deutlich „prodeutschen" Mitglieder jener Kontrollgremien, die für die Durchsetzung der Entflechtungspolitik

[46] BA, B 102/5132, Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans 449/50, 8. 8. 1950.

[47] AN, 81 AI 138, „Copie d'un télégramme reservé (François-Poncet)", 24. 9. 1950; 81 AI 137, „Note I. M. pour M. Schuman", 28. 9. 1950.

[48] AN, 81 AI 137, „Extracts of a telephone conversation between Mr. Monnet und Mr. Bowie", 15. 1. 1951; 81 AI 137, „S. M. Cleveland to Tomlinsen, re: Discussions with Bowie and Willner", 16. 1. 1951.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verantwortlich zeichneten. Überdies suchte der amerikanische Hochkommissar die Deutschen in die Wiederbewaffnung förmlich zu treiben. Warum verfolgte er jetzt einen Kurs, der für die Ruhrindustrie schmerzhaft war? Die übliche Erklärung, nach der die Industrie „reformiert" werden mußte, um sich für den Eintritt in Europa zu „qualifizieren", klingt hohl. Die Antwort dürfte wohl in der persönlichen Freundschaft liegen, die McCloy mit Monnet verband[49]. Jedenfalls war die prokonsularische Intervention entscheidend: Um die Verhandlungen über den Schuman-Plan zu retten, kapitulierte Adenauer. Am 14. März 1951 erklärte sich die Bundesregierung bereit, als Vorbedingung für den Eintritt in den schwerindustriellen Pool das Kohlesyndikat – das ironischerweise die Briten zuvor als Agentur der Militärregierung benutzt hatten – aufzulösen, das Band zwischen Kohle und Stahl zu durchschneiden, indem Stahlwerken nur der Besitz von Gruben erlaubt wurde, die nicht mehr als 75 Prozent des Bedarfs der Werke förderten, und die Durchschnittsgröße der Stahl produzierenden Einheiten zu verringern, indem die existierenden zwölf Firmen in vierundzwanzig aufgeteilt wurden. Auch kam man überein, der Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Zuständigkeit für die Durchsetzung der getroffenen Regelung zu geben[50]. Zwei Tage später, am 16. März, fanden die Verhandlungen über den Schuman-Plan ihren offiziellen Abschluß. Monnet, so schien es, hatte die seit 1945 angestrebte „organische Kontrolle" endlich erreicht.

Aber in diesem Fall trog der Anschein. Einmal gab es lange Verzögerungen, bis die Entflechtungspläne realisiert werden konnten. Das lag mehr an Kohle- als an Stahlproblemen, und zum Teil waren die Franzosen selbst schuld. Unfähig, sich zu entscheiden, ob die Kartelle aufgelöst oder zentralisiert und unter genaue Überwachung gestellt werden sollten, brauchten die Franzosen zur Verständigung über einen Entflechtungsplan bis zum Oktober 1951. Danach folgten, da die Deutschen die Annahme des Plans erwartungsgemäß verweigerten, lange Monate, in denen französisch-amerikanische Einschüchterungs- mit hartnäckigen deutschen Verschleppungsversuchen abwechselten, bis schließlich, am Vorabend des Tages, an dem die Hohe Behörde in Luxemburg ihre Tätigkeit aufnahm, Adenauer abermals nachgab und eine neue, unter alliierten Auspizien stehende Verteilungsorganisation, die unter der Bezeichnung GEORG das Kartell ersetzen sollte, akzeptierte, dazu die Stipulation, daß die Organisation noch vor dem Februar 1953, also vor der Eröffnung des gemeinsamen Markts für Kohle, mit ihrer Arbeit beginnen müsse[51]. Zweitens gab es kein wirksames Mittel, neue Konzentrationsprozesse zu verhindern. Der eigentliche Grund dafür war Hochkommissar McCloys Entscheidung, die Besitzer von Anteilen an der Ruhrindustrie nicht zu enteignen. Natürlich tüftelten die alliierten Kontrollinstanzen ingeniöse Methoden aus, um die Restauration der traditionellen industriellen Interes-

[49] Interview mit John J. McCloy für die Jean Monnet-Stiftung, Lausanne, 15. 7. 1981.

[50] JM, AMG 13/3/6, „Lettre du Chancelier Adenauer à la Haute Commission", 14. 3. 1951.

[51] H. G. Schmidt, Reorganization of the West German Coal and Iron and Steel Industries under 12. Allied High Commission for Germany 1949–1952, Preliminary Draft, Research Project Nr. 129, Historical Division, Office of the Executive Secretary, HIC D 6, September 1952.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen zu vereiteln: Die Ablösung alten Aktienbesitzes durch die beschränkte Ausgabe neuer Aktien, den zwangsweisen Transfer von Anteilen, die einfach verfügte Umwandlung von Besitzanteilen in Schuldtitel usw. Aber den Austausch dieser Titel hinderte nur eine dünne Papierwand. Es war Sache der Hohen Behörde, darauf zu achten, daß die Wand intakt blieb, daß außerdem der „organisierte" Verkauf von Kohle unterbunden und der Rest der Entflechtungspolitik bewahrt wurde. Jedoch war die Hohe Behörde für solche Aufgaben betrüblich schlecht gerüstet, und die Restauration der Ruhr, die zu vermeiden sich die Franzosen so große Mühe gegeben hatten, vollzog sich in den nächsten fünf Jahren.

Monnets Ruhrpolitik mag diese Restauration verzögert haben, machte sie aber andererseits widerstandsfähiger und dauerhafter, als sie sonst wohl geworden wäre. Die Kohle-Stahl-Regelung resultierte sowohl in der westeuropäischen Akzeptierung der Bundesrepublik wie dort in einer neuen Solidarität, und beides wuchs aus einer gemeinsamen Opposition gegen Monnets Methoden. Ohne es zu wollen, verwirklichte er so die letzten Absichten der Ruhrpolitik mehr als ihm lieb war. Monnet hat die Bundesrepublik in die westeuropäische Staatengesellschaft integriert, zugleich aber die Bundesrepublik zum Zentrum des reorganisierten Westeuropas gemacht. Damit trat der Integrationsprozeß in eine neue Phase ein.

Im Jahr 1951 hatte die westdeutsche Opposition gegen das Gesetz Nr. 27 zwei wichtige Ergebnisse. Das erste Resultat war die Festigung der Sozialpartnerschaft. Hatten die Gewerkschaften die Entflechtung, wie sie von den Briten unter dem Gesetz Nr. 75 praktiziert worden war, unterstützt, so widersetzten sie sich ihr unter dem Gesetz Nr. 27, womit sie praktisch ihre Unterschrift unter die Restauration der Ruhr setzten[52]. Die Belohnung bestand in der Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Kohle, eine Maßnahme, die bald den Beifall der zunächst natürlich opponierenden Grubenbesitzer fand, weil sie sich positiv auf die Arbeitsmoral der Kumpel auswirkte. Das zweite Resultat war das sogenannte Investitionshilfegesetz, ein höchst ungewöhnlicher Akt, mit dem die übrige Industrie freiwillig eine zusätzliche Steuerbelastung auf sich nahm, damit Investitionen in Kohle und Stahl finanziert werden konnten[53]. Monnet hat die „Aktiengesellschaft Deutschland" zwar nicht gerade gegründet, aber zu ihrem Erfolg einen wichtigen indirekten Beitrag geleistet.

Auf europäischer Ebene hat die gemeinsame Bedrohung durch den „Dirigismus" die Kohle- und Stahlproduzenten veranlaßt, neue „kooperative" supranationale Institutionen ins Leben zu rufen, an denen der modrige Ruch der alten Kartelle hing. Die Besetzung Deutschlands hatte seit 1945 zahlreiche Versuche zur Wiederbelebung dieser Vorkriegsorganisationen vereitelt. Daß Monnet ständig seinen Taktstock schwang, provozierte im Dezember 1950 einen gemeinsamen Protest zweier nationaler Arbeitgeberverbände, des Conseil National du Patronat Français (CNPF) und des

[52] H. Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, München 1982; W. Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

[53] H. R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr, Wuppertal 1981.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI). Im Jahr 1951 tauchten wieder internationale Verkaufssyndikate für spezialisierte Stahlprodukte auf. Das Jahr 1952 sah eine kollektive Anstrengung von Produzenten, Vorschläge für die organisatorische Struktur der Hohen Behörde auszuarbeiten. 1953 brachte die Gründung des Internationalen Exportkartells und – was noch wichtiger war – einer Einrichtung, die einfach als „Der Klub" bekannt wurde. Unter seinen Auspizien regelten Repräsentanten der Produzentennationen Preisprobleme zur Vorbereitung auf den kommenden gemeinsamen Markt in Stahl. Regte sich hier jenes verbotene Ding, ein Kartell? Nicht ganz – hier wurde lediglich, wie in den Vereinigten Staaten auch, Preisführerschaft praktiziert. Allerdings: in Europa war Deutschland der Preisführer[54].

Auch gab es eine neue Verbindung auf ministerieller Ebene, und aus ihr sollte eine Behandlung der fortschreitenden europäischen Integration erwachsen, die sich von den Methoden Monnets erheblich unterschied. Sie hatte ihren Ursprung ebenfalls in Ressentiments, die auf die Pariser Verhandlungen zurückgingen. Ende 1951, nachdem die französische Kammer den Pariser Vertrag ratifiziert hatte, konnten die Bürokraten handeln. Dies geschah im sogenannten Interim-Komitee, das, auf Grund einer deutschen Initiative gebildet, in der ersten Hälfte des Jahres 1952 tagte, um die organisatorische Struktur der Hohen Behörde so zu planen, daß die Gefahr des Dirigismus gebannt wurde. Das Komitee, nicht etwa Monnet, ist der wahre Vater der Luxemburger Eurokratie. Seine Arbeit hatte außerdem ein Nachspiel: etliche seiner Mitglieder kamen bald wieder zusammen, um jene Gespräche zu beginnen, die dann zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führten. Diese Gespräche kannten jedoch keine einzelne dominante Figur, folgten niemandes Plan und vermieden jede Diskussion über Fragen, die zum unmittelbaren Erbe des Zweiten Weltkriegs gehörten[55].

Der Schuman-Plan ist nicht 1950 entstanden, sondern 1945, als sich die Franzosen, in Abkehr von den Methoden des Ersten Weltkriegs, entschlossen, künftig die Verständigung mit den Deutschen zu suchen. Nichts wäre irreführender, als anzunehmen, daß diese Entscheidung auf Vertrauen beruhte. Sie beruhte auf Stärke, d. h. auf einem Machtzuwachs Frankreichs im Verhältnis zu Deutschland. Die Historiker werden sicherlich weiterhin darüber streiten, was Frankreich tatsächlich im Sinne hatte: einen Versuch, die deutsche Erholung zu lähmen, eine Partnerschaft, die mit der Erlangung annähernder Gleichberechtigung verbunden sein sollte, oder eine kooperative Beziehung in Verbindung mit wirksamen amerikanischen Garantien gegen eine

---

[54] BA, B 146/265, „*Observations des Fédérations industrielles nationales des pays intéressés par le Plan* Schuman sur les clauses économiques du ‚Projet du traité en préparation'", 12. 1. 1951; Klöckner-Archiv, Dr. Günther Henle. EGKS Schuman-Plan. Wirtschaftsvereinigung, 1. 1. 1952–30. 9. 1952, „Besprechung mit Belgien und Luxemburg über Schumanplan-Fragen", 7. 1. 1952, und „Pariser Besprechung der 6 eisenschaffenden Industrien am 29. 3. 1952"; J. Diebold, The Schuman Plan. A Study in Economic Cooperation 1950–1959, New York 1959, S. 400.

[55] JM, „Interview mit Herrn Ulrich Sahm", 27. 2. 1984; AN, 81 AI 160, „Note sur l'établissement de la communauté européenne du Charbon et de l'Acier", 19. 1. 1952; BA, 162/8603, „Monnet: Präsident der Hohen Behörde?", aus: Le Monde, 17. 6. 1952; H.-J. Küsters, Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Köln 1982.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Vorherrschaft. Aber so kleinlich und rachsüchtig die französische Ruhrpolitik nach dem Krieg anfänglich auch gewesen sein mag, sie wurde jedenfalls, nachdem die Erholung einmal begonnen hatte, kühner und generöser. Diese Wendung hatte nichts mit einer personellen Wachablösung zu tun. Robert Schuman bleibt eine für Historiker schwer faßbare Gestalt – und die wahre Natur seiner Rolle in den hier behandelten Zusammenhängen noch weitgehend Gegenstand der Spekulation –, aber Monnet und Bidault unterhielten während der gesamten Nachkriegsperiode eine intime, nie unterbrochene und harmonische professionelle Beziehung. Hinsichtlich der Ruhrpolitik gab es zwischen ihnen zu keiner Zeit nennenswerte Meinungsverschiedenheiten. Doch waren ihre Rollen nicht austauschbar. Allein Monnet konnte den Prozeß der europäischen Integration in Bewegung setzen. Schuman und Bidault hatten es versucht und waren gescheitert. Erfolg konnte nur ein „coup d'imagination" bringen, und diesen Coup lieferte der 9. Mai 1950 mit der Verkündung des Schuman-Plans. Von Großbritannien abgesehen, war der französische Appell allenthalben unwiderstehlich, und nachdem die Verhandlungen in Paris eingeleitet waren, scheuten alle Teilnehmer und die hinter ihnen stehenden Vereinigten Staaten davor zurück, sie scheitern zu lassen. Indes gelang es Monnet nicht, die Entwicklung zu steuern. Die Dekartellisierung schlug fehl, die Hohe Behörde wurde nie ein Direktorat, und die Bundesrepublik drehte am Ende den Spieß um. Dennoch war die Ruhrpolitik erfolgreich: Mit der Integration Westdeutschlands erreichte sie ihr eigentliches Ziel. Dafür zeichnete freilich die französische Politik weder allein noch auch nur in erster Linie verantwortlich. Jenseits des Rhein waren bereits Veränderungen in vollem Gange, die Weimar in Bonn verwandelten.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte